

---

Vorstoss-Nr: 177-2012  
Vorstossart: **Motion**  
Eingereicht am: 03.09.2012  
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/ -in)  
Weitere Unterschriften: 9  
Dringlichkeit:  
Datum Beantwortung: 06.02.2013  
RRB-Nr: 133/2013  
Direktion: STA

---

## Legislaturplanung 2014-2017: Mehr Frauen in Führungspositionen im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der Legislaturplanung 2014-2017

1. mit geeigneten Massnahmen die angemessene Vertretung von Frauen in Führungspositionen (inkl. Verwaltungsräte) der Berner Wirtschaft zu fördern.
2. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen zu suchen.

### Begründung:

Nicola Thibaudeau ist CEO des Bieler Mikropräzisionsunternehmens MPS. Eva Jaisli ist CEO von PB Swiss Tools im Emmental. Beide Unternehmungen sind erfolgreich. Sie sind aber, was ihre Führung durch eine Frau betrifft, immer noch die grosse Ausnahme. Laut einer Auswertung der Sonntagszeitung im Juni 2012 ist lediglich jeder zehnte Verwaltungsrat eines Schweizer börsenkotierten Unternehmens von einer Frau besetzt, und nur in jedem 20. Unternehmen sitzt eine Frau im Chefsessel. (Quelle: Woman in Business)

Dabei sind mehr Frauen in Führungspositionen für alle Beteiligten ein Gewinn. Dies bestätigen auch die Arbeitgeber sowohl von grossen Unternehmungen als auch von KMUs. So formuliert der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes:

«Als Gewerbe-Direktor erfüllt es mich mit Stolz, dass die KMUs bei der Förderung von Frauen in Führungspositionen ihre Stärken ausspielen können. Die KMUs müssen sich im harten Konkurrenzkampf behaupten und haben nichts zu verschenken. Die Entdeckung von weiblichen Talenten ist dabei ein Erfolgsfaktor. Gute Leistungen fallen in unseren Betrieben wegen dem direkten Kontakt schnell auf. Nützen wir diesen Vorteil noch gezielter im Wettbewerb um die besten Leute!»

(Aus: Frauen in Führungspositionen: So gelingt's. Erfahrungen aus zehn grossen und kleineren Unternehmen in der Schweiz, 2010. Hrsg: Staatssekretariat für Wirtschaft seco).

Im Rahmen der Antwort auf das Postulat 242-2011 «Mehr Frauen an die Spitzen der Berner Wirtschaft» hat der Regierungsrat das dortige Anliegen (u. a. Dokumentation, Integration in die Wirtschaftsstrategie 2025) aus finanziellen und personellen Gründen für schwierig realisierbar erachtet.



Mit dem Fokus der Motion auf die nächste Legislatur wird sichtbar, dass es sich um ein mittelfristiges Ziel handelt und zur nachhaltigen Erreichung der Ziele eine längere Zeitdauer benötigt wird. Die Motion überlässt die Formulierung der notwendigen Massnahmen und die dazu notwendigen Ressourcen dem Regierungsrat, indem die Verankerung der Zielsetzung für die nächste Legislaturplanung gefordert wird.

### **Antwort des Regierungsrates**

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Motionärin, dass mit rund 15% Frauen in Führungspositionen (inkl. Verwaltungsräten) noch immer deutlich untervertreten sind. Wie Studien zeigen, tragen geschlechtergemischte Führungsgremien zum wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen bei. Viele Frauen sind heute sehr gut ausgebildet. In Anbetracht des prognostizierten Arbeitskräftemangels in den nächsten Jahren können Unternehmen mit der Beschäftigung von Frauen in verantwortungsvollen Positionen viel gewinnen.

Zum Themenkreis der Motion hat sich der Regierungsrat bereits mehrfach geäussert, so beispielsweise in seinen Antworten auf die Motion 233/2004 Widmer, Bern (GB), „Mehr Frauen in den Verwaltungsräten und strategischen Führungsgremien von Unternehmen und Institutionen mit Kantonsbeteiligung“, die Interpellation 126/2007 Käser, Meienried (SP-JUSO), „Konsequentere Umsetzung des Chancengleichheitsprinzips“ oder die Interpellation 002/2009 Balli-Straub, Langenthal (SP-JUSO), „Mehr Frauen in Verwaltungsräten“.

Es liegen heute zahlreiche Vorschläge vor, mit welchen Massnahmen der Frauenanteil in Führungsfunktionen erhöht werden kann. So informiert etwa die Publikation des SECO aus dem Jahre 2010 „Frauen in Führungspositionen: So gelingt's!“ über Erfahrungen sowie erfolgsversprechende Massnahmenbündel aus zehn grossen und kleineren Unternehmungen in der Schweiz. Die Massnahmen reichen von der Rekrutierung und Personalentwicklung über die Vereinbarkeit bis hin zu Führung und Unternehmenskultur.

Aus Sicht des Regierungsrates liegt die Herausforderung heute nicht primär darin, dass es an Erkenntnissen fehlt, wie der Zugang von Frauen zu Unternehmensleitungen und Verwaltungsräten verbessert werden könnte, sondern vor allem in der mangelnden Bekanntheit und der noch wenig konsequenten Umsetzung der Massnahmen in den Unternehmen.

Die stärkere Beteiligung von Frauen in Führungspositionen wird aktuell politisch auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene breit diskutiert und bearbeitet. Laut einem Vorschlag der EU Kommission sollen neue Vorgaben beim Auswahlverfahren in börsenkotierten Unternehmen in der EU zu einer besseren Vertretung von Frauen in Führungsgremien führen. Auf Bundesebene ist neben anderen Vorstössen zu diesem Thema im vergangenen September eine Parlamentarische Initiative von Susanne Leutenegger Oberholzer eingereicht worden mit dem Titel „Verwaltungsräte der börsenkotierten Unternehmen. Gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern. Änderung des Börsengesetzes“. In der Stadt Bern ist die Motion „Geschlechterquote in den Kaderstellen der Stadtverwaltung und den öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Bern sowie Gleichstellungspreis für Unternehmen in der Stadt Bern“ der interfraktionellen Frauengruppe angenommen worden.

Der Regierungsrat anerkennt den Handlungsbedarf für den Kanton Bern. Auch gestützt auf CEDAW, dem von der Schweiz ratifizierten UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, sind die Kantone in ihrem Kompetenzbereich direkt zum Handeln verpflichtet.

Die Handlungsmöglichkeiten des Kantons dürfen aber nicht überschätzt werden. In Bezug auf die Vertretung von Frauen in Führungspositionen der Privatwirtschaft beschränken sie sich auf Information, Sensibilisierung, Koordination und allenfalls Anreize. Die Hauptverantwortung liegt bei den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden. Auch muss berücksichtigt werden, dass es sich bei der Gleichstellung von Frau und Mann um einen dynami-

schen Prozess handelt, an dem unterschiedliche Faktoren mitwirken, die nicht allesamt durch Staat und Wirtschaft beeinflusst werden können.

Der Regierungsrat ist bereit, zu prüfen inwiefern die Anliegen in die Richtlinien der Regierungspolitik 2015 – 2018 aufgenommen werden können.

In diesem Sinne ist der Regierungsrat bereit, die Motion als Postulat anzunehmen.

**Antrag:** Annahme als Postulat

**An den Grossen Rat**